



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche hat sich die Koalition auf ein Integrationsgesetz geeinigt, das sich an den Grundsätzen des Förderns und Forderns orientiert und eindeutig die Handschrift der CDU aufweist. Ziel des Gesetzes ist es, die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zu fördern und zugleich von Ihnen Eigenleistungen einzufordern.

Wir wollen dabei Fehler der Vergangenheit vermeiden, das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern und bestehende Parallelstrukturen beseitigen. Ein Teil der Menschen, die zu uns kommen, ist nicht mit den Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens vertraut, insbesondere dann, wenn sie aus Ländern oder Gegenden kommen, die keine Rechtsstaatlichkeit kennen und in denen Diskriminierungen an der Tagesordnung sind. Kerninhalte des Integrationsgesetzes sind:

- Bei Ablehnung von Integrationsmaßnahmen werden die Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz gekürzt.
- Asylbewerbern soll ein Wohnsitz zugewiesen werden können.
- Bisher dürfen Asylbewerber und Geduldete eine Arbeitsstelle nur besetzen, wenn Einheimische oder andere Europäer keinen Vorrang haben. Diese Vorrangprüfung soll für drei Jahre abgeschafft werden.
- Asylbewerber dürfen künftig auch als Leiharbeiter beschäftigt werden.
- 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieses Programm ist nicht geöffnet für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für vollziehbar ausreispflichtige Personen.
- Unternehmen geben wir mehr Sicherheit bei der Ausbildung von Flüchtlingen. Für Schutzsuchende vereinfachen wir den Zugang zur Ausbildung.
- Orientierungskurse werden künftig schwerpunktmäßig Werte vermitteln.

Mit dem geplanten Gesetz wird für Flüchtlinge, aber auch für Unternehmen Rechtssicherheit geschaffen werden. Dies ist unabdingbar für ein Gelingen der Integration.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



KURZ UND BÜNDIG

04.-05. April

BPA-Fahrt nach Berlin

06. April 17Uhr

Auftaktveranstaltung 70 Jahre CDU Seesen

07. April 18Uhr

Podiumsdiskussion
Arbeitswelt 4.0 – Arbeit und
Recht der Zukunft, MIT
Wolfenbüttel

TERMINE

16. April 19.30Uhr

150-jähriges Jubiläum des
MGV "Liederkreis"
Salzdahlum e.V., Landhaus
Kammerkrug

16. April

Landesparteitag 2016 des
CDU-Landesverbandes BS

18. April

CDA KV Braunschweig
Mitgliederversammlung

19. April

Gemeinderatsfraktion
Cremlingen

21. April 16Uhr

Kreistagsfraktion

21. April 18Uhr

A2B-Sitzung

23. April 15Uhr

Bierfest anl. 500 Jahre
Reinheitsgebot des
Deutschen Bieres, Juliusstadt,
Wolfenbüttel



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

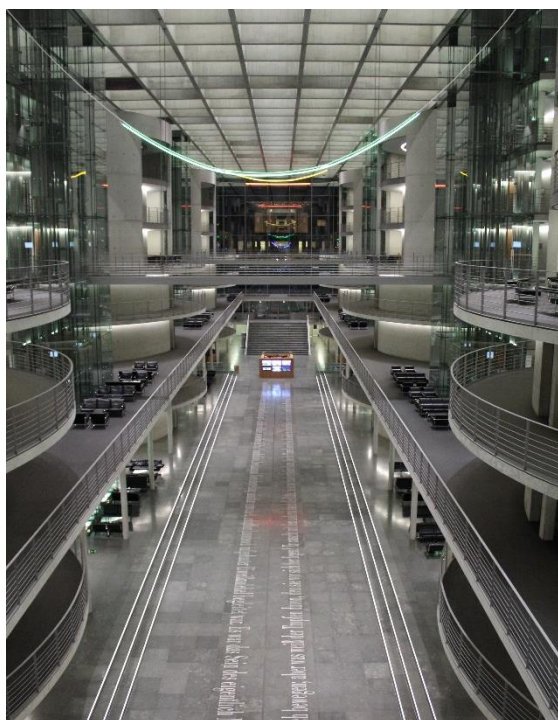
Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



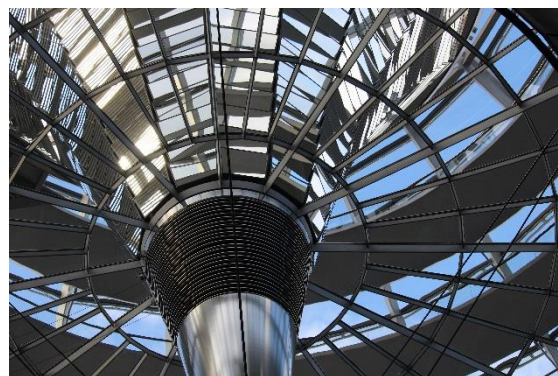
Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 11. bis 15.
April 2016

Die transatlantischen Beziehungen zukunftsfest weiterentwickeln. Mit diesem Antrag unterstreichen wir vor dem Deutschlandbesuch von Präsident Obama Ende April die besonderen Beziehungen zu Nordamerika. Deutschland und Europa sind mit keiner Region der Welt so eng verbunden wie mit Nordamerika. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind zentrale Verbündete und Freunde der Europäischen Union und Deutschlands. Beide Regionen verbinden nicht nur gemeinsame historische Erfahrungen, sondern auch gemeinsame Werte, die auf den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Marktwirtschaft und Respekt vor dem Individuum gründen. Im Antrag betonen wir, dass eine starke transatlantische Partnerschaft angesichts der Herausforderungen und Bedrohungen für das westliche Wertemodell notwendiger denn je ist.



Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung.

In erster Lesung stärken wir die Instrumente der beruflichen Weiterbildung im Recht der Arbeitsförderung. Ziel ist der verbesserte Zugang von gering qualifizierten Arbeitnehmern sowie von Langzeitarbeitslosen zu einer abschlussbezogenen Weiterbildung. Die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen entwickeln wir fort, indem diese flexibilisiert wird. Zugleich verbessern wir den Versicherungsschutz in der Arbeitslosenversicherung für Übergangsprozesse am Arbeitsmarkt.



Gesetz zur Einstufung der Demokratischen Volksrepublik Algerien, des Königreichs Marokko und der Tunesischen Republik als sichere Herkunftsstaaten.

Asylantragsteller aus Algerien, Marokko und Tunesien haben in fast allen Fällen keine Aussicht auf einen Schutzstatus. Aus diesem Grund bieten wir ein Gesetz in erster Lesung, mit dem die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten deutlich beschleunigt werden können. Dadurch verkürzen wir deren effektive Aufenthaltsdauer in Deutschland und entlasten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, damit dieses seine Ressourcen besser nutzen kann.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, führen wir zwei neue Straftatbestände der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen ein. Diese verbieten Ärzten und Angehörigen von Heilberufen, Vorteile dafür anzunehmen, dass sie bei der Verordnung oder der Abgabe von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln, einzelne Bewerber bevorzugen. Darüber hinaus stärken wir die Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen durch einen organisatorischen Rahmen im SGB V für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Krankenkassen, ihren Verbänden und kassenärztlichen Vereinigungen mit den Staatsanwaltschaften, über die die Aufsichtsbehörden informiert werden müssen.

Neuntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung. In erster Lesung diskutierten wir insbesondere Vorschläge zur Vereinfachung des Leistungs- und Verfahrensrechts des SGB II, die eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitet hat. Gegenstand sind Einkommensanrechnung, Bewilligung der Wohnkosten oder der Regelbewilligungszeitraum. Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf die Entschärfung der Schnittstelle zwischen der Ausbildungsförderung nach dem BAföG und dem SGB II und eine Stärkung des Beratungsanspruchs der SGB-II-Leistungsempfänger. Besonders wichtig ist uns weiterhin, dass Integrationsbetriebe für weitere Gruppen behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen geöffnet, Sozialpartner in den Beiräten der Jobcenter gestärkt und eine langfristig angelegte Förderung für schwer erreichbare junge

Menschen als neues Basisinstrument aufgenommen werden.



Erstes Gesetz zur Novellierung der Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz – 1. FinanzmarktG). In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir einen Gesetzentwurf zur Umsetzung europarechtlicher Vorgaben zur verbesserten Transparenz sowie Integrität der Märkte und eines effektiven Anlegerschutzes. Diese Vorgaben waren nach der Finanzkrise des Jahres 2008 erstellt worden. Das Gesetz sieht Änderungen bei der Marktmissbrauchsregulierung vor, die durch neuartige Handelsplattformen und technologische Neuerungen wie dem Hochfrequenzhandel erforderlich werden. Unter anderem wird die Überwachung von Marktmissbrauch auf Warenderivatemarkte und bei Benchmarks verbessert. Außerdem werden die Meldepflichten von Emittenten ausgeweitet und die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden gestärkt. Gleichzeitig vereinheitlichen und verschärfen wir die Möglichkeiten der Sanktionierung im Falle des Insiderhandels und der Marktmanipulation. Schließlich nimmt das Gesetz die notwendige Anpassung an die europäische PRIIP-Verordnung vor, um so insbesondere eine verbesserte Informationsgrundlage für Anleger bereitzustellen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Wussten Sie schon...?

...,dass der Bundestag am Parlamentarischen Partnerschaftsprogramm teilnimmt? Im Rahmen dieses Schüleraustauschprogrammes werden jährlich 360 Schülerinnen und Schüler aus Deutschland gefördert und durch den Deutschen Bundestag in ihrem Austauschjahr tatkräftig unterstützt.



Daten und Fakten

Bundesländer gewinnen unterschiedliche Zuwanderergruppen. Für welche Zielregionen innerhalb Deutschlands sich Zuwanderer aus Drittstaaten mit befristeten Aufenthaltstiteln entscheiden, unterscheidet sich zwischen den Bundesländern deutlich. Zu diesem Schluss kommt eine Auswertung des IW Köln. Entscheidend für die Wahl des Zielortes sind mehrere Faktoren: Die Lage am Arbeitsmarkt, die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung, die Attraktivität als Wohnort sowie die Zahl bereits dort lebender Personen aus demselben Herkunftsland oder der gleichen Region. In südlichen Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg ist dabei der Anteil der Personen mit Aufenthaltstiteln zur Erwerbstätigkeit mit 19 bzw. 14,6 Prozent überdurchschnittlich hoch, was auf die dort vorherrschende sehr gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Berlin ist mit einem Anteil von 12,4 Prozent besonders attraktiv für Personen, die zur Ausbildung in Deutschland sind. Gleichzeitig zieht es besonders viele

Menschen (29 Prozent) mit Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen – vor allem anerkannte Flüchtlinge – nach Nordrhein-Westfalen, wo bereits Landsleute leben und entsprechende Strukturen und Gemeinschaften aufgebaut haben. (Quelle: IW Köln)



Zahl der Baugenehmigungen steigt rapide.

Im Januar 2016 wurden in Deutschland 26.300 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 34,5 Prozent oder 6.700 Genehmigungen. Eine höhere Zahl genehmigter Wohnungen in einem Januar hatte es zuletzt im Jahr 2006 gegeben. Dabei entfielen 21.600 Genehmigungen (82,1 Prozent) auf Neubauwohnungen in Wohngebäuden, was einem Plus von 31,3 Prozent gegenüber dem Januar 2015 entspricht. Die Genehmigungen für Wohnungen in Wohnheimen erreichten einen Zuwachs von 46,3 Prozent auf 1.173. Auch die Zahl der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, die durch Um- bzw. Ausbaumaßnahmen zu neuen Wohnungen geführt haben, erreichte im Januar 2016 mit knapp 4.500 Wohnungen den höchsten Januarwert seit 1996. (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Aus dem Wahlkreis Wolfenbüttel /Salzgitter

Im Gespräch bei der MIT Wolfenbüttel mit Arbeitsrechtler Lars Möller. Am vergangenen Donnerstag kam ich Lars Möller, Fachanwalt für Arbeitsrecht der Berliner Kanzlei Kliemt & Vollstädt, zu einer Podiumsdiskussion in den Räumlichkeiten des Wolfenbütteler Parkhotels Altes Kaffeehaus zusammen. Eingeladen hatte die Wolfenbütteler Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sowie die CDA-Wolfenbüttel. Durch die Veranstaltung führte der Vorsitzende des MIT Holger Bormann.



Arbeitsrechtler Lars Möller, MIT-Vorsitzende Holger Bormann, Bundestagsabgeordnete Uwe Lagosky

Zentrale Themen waren: Arbeitsschutz, Mindestlohn, Werkverträge sowie die fortschreitende Digitalisierung, welche sich unter dem Begriff „Arbeit 4.0“ zusätzlich auf die Arbeitswelt auswirkt. Unter diesen Voraussetzungen entwickelte sich im Laufe des Abends eine rege Diskussion. Gemeinsam mit den Mitgliedern der MIT sowie der CDA diskutierten wir anschließend angeregt über die Möglichkeiten und Folgen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.

CDU Kreisparteitag Salzgitter. Auf dem Kreisparteitag in Salzgitter wählten wir einen Vorstand und diskutierten über die aktuelle

Lage der Stahlindustrie. Zudem berichtete ich über die Entwicklungen zum Nationalen Entsorgungsprogramm sowie zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.



Helmut Sauer und Uwe Lagosky

70 Jahre CDU in Seesen. Das 70 jährigen Jubiläum der Christdemokratie in Seesen feierte der Stadtverband Seesen mit zahlreichen Gästen. Hauptredner des Abends war Ulf Thiele, der detailliert die Lage der CDU in Niedersachsen schilderte. Nach der Begrüßung durch die Stadtverbandsvorsitzende Sabine Wendt folgten Grußworte von Bürgermeister Erik Homann, vom Landtagsabgeordneten Rudolf Götz sowie mir.

Zu Besuch beim Wasserverband-Weddel-Lehre mit Frank Oesterhelweg. Gemeinsam mit meinem Parteikollegen Frank Oesterhelweg besuchte ich in den Wasserverband-Weddel-Lehre in Cremlingen. In einem 2-stündigen Gespräch mit WWL-Verbandsvorsteher Günter Eichenlaub und WWL-Geschäftsführerin Viktoria Wagner tauschten wir uns intensiv über das in der Region Braunschweig-Wolfsburg für 80.000 Einwohner tätige Ver- und Entsorgungs-Unternehmen aus. Inhalt des Arbeitstreffens war auch der dezidierte Fokus des Managements auf Mitarbeiterzufriedenheit und -gesundheit. Ein wichtiges strukturelles Thema war zudem die Beteiligung der Kommunalen Versorger an den



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Harzwasserwerken in Hildesheim, dem größten Wasserversorger im Norden.



Günter Eichenlaub, Frank Oesterhelweg,
Viktoria Wagner, Uwe Lagosky

Besuch in Berlin

BPA-Fahrt in Berlin. Zum ersten Mal in diesem Jahr konnte ich 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen. Sie alle waren meiner Einladung gefolgt und Teilnehmer einer zweitägigen Bildungsfahrt des Bundespresseamtes.



Auf dem Programm stand u.a., neben dem Besuch einer Informationsveranstaltung im Deutschen Bundestag und einem Kuppelbesuch, auch der Besuch des Presse und Informationsamtes sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Gruppe sah darüber hinaus bei einer Stadtrundfahrt viele politische Wahrzeichen der Stadt Berlin und wurde über die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (die ehemalige Zentrale Untersuchungs-haftanstalt der Stasi) geführt.

Während des Besuchs führte ich viele Gespräche rund um aktuelle Themen direkt aus unserer Heimat und berichtete über das bundespolitische Geschehen. Die Fahrt schloss mit einem einstündigen Gespräch im Reichstag, bei dem ich die Fragen der Besuchergruppe beantwortete.

Falls auch Sie an einer politischen Bildungsfahrt interessiert sind, melden Sie sich gerne bei meinem Wahlkreisbüro in Wolfenbüttel.

Besuch der Emil-Langen-Realschule. Am Ende dieser Sitzungswoche besuchte mit eine neunte Klasse der Emil-Langen-Realschule aus Salzgitter Lebenstedt. Mit den etwa 30 Schülern sprach ich über meine Arbeit als Politiker in Berlin.



Die Klasse konnte zuvor der Debatte über die Endlagersuche im Plenum zuhören und war entsprechend interessiert an meiner Meinung zur Atompolitik. Darüber hinaus hörte ich mir ihre Meinung zur Flüchtlingssituation an und erklärte ihnen die Politik der Bundesregierung. Unter den Schülern gibt es einen Flüchtling, der von der Klasse sehr herzlich aufgenommen wurde. Es ist schön zu sehen, dass Integration unter jungen Menschen so gut klappt.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Endlagerkommission lädt nach Berlin zur Diskussionsveranstaltung ein. Transparenz und Bürgerbeteiligung, das sind zwei der grundlegenden Anforderungen an die Arbeit



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



der Endlagerkommission. Nach mehr als zwei Jahren Arbeit wird die Kommission zur Einlagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe Mitte des Jahres ihren Abschlussbericht an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung übergeben. Den ersten Entwurf ihres Abschlussberichtes und dessen Kernbotschaften möchte die Kommission nun mit der breiten Öffentlichkeit erörtern. Dazu werden alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Veranstaltung am 29. und 30. April nach Berlin eingeladen.

Mit dem Abschlussbericht werden Vorschläge für die Entscheidungsgrundlagen wie Sicherheitsanforderungen und Kriterien für das spätere Standortauswahlverfahren erarbeitet. Daneben befasst sich die Kommission auch mit der Überprüfung des Standortauswahlgesetzes, den Anforderungen an das Verfahren des Auswahlprozesses und nicht zuletzt mit der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die 33 Mitglieder zählende Kommission besteht neben zwei alternierenden Vorsitzenden je zur Hälfte aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft und gesellschaftlicher Gruppen sowie Mitgliedern von Landesregierungen und des Deutschen Bundestages.

Auf der Veranstaltung können Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft miteinander über den Entwurf des Endlagerberichts und seine Kernbotschaften diskutieren. Ziel: Die Teilnehmenden erarbeiten gemeinsam Einschätzungen zu wichtigen Aussagen des Berichtsentwurfs. Die Kommission wird diese Einschätzungen in die abschließenden Beratungen des Entwurfs einbeziehen.

Meines Erachtens ist die Bürgerbeteiligung für die Endlagerkommission essentiell. Es ist wichtig, dass die Entscheidungen transparent sind und möglichst viele Bürger eingebunden

werden. Über ein starkes Engagement aus unserer Region würde ich mich freuen.

Die Veranstaltung findet statt am Freitag, 29. April und Samstag, 30. April 2016, in den Ludwig Loewe-Höfen, Wiebestraße 42, 10553 Berlin. Am Freitag von 12.00 Uhr bis 21.00 Uhr. Am Samstag von 09.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Die Anmeldung ist möglich bis zum 22. April online unter:

www.dialoggestalter.de/endlagerbericht.

Hier finden Sie zudem Informationen über mögliche Bezuschussungen für Anfahrts- sowie Übernachtungskosten. Die Zahl der Plätze ist begrenzt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

